

Presseinformation 18/2024

Verkehrsminister auf der Klimabremse

In schlechter Tradition stehen die Verkehrsminister im Bund und im Land auf der Bremse, wenn es um Klimaschutz und eine nachhaltige Verkehrspolitik geht, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt und der Landessolarverband in Rheinland-Pfalz. Erst kürzlich hat sich die Landesverkehrsministerin Daniela Schmitt (FDP) gegen PV Anlagen an Lärmschutzwänden in Rheinland-Pfalz ausgesprochen.

Eine 1999 an der A6 bei Grünstadt in Betrieb genommene PV-Anlage an einer Lärmschutzwand war zu dieser Zeit ein bundesweites Vorzeigeprojekt. Im letzten Jahr habe die Landesverkehrsministerin die Anlage abschalten lassen ohne Aussicht auf eine Wiedereröffnung. Bereits bei der feierlichen Eröffnung vor 25 Jahren hatte der damalige Landesverkehrsminister Rainer Brüderle (FDP) PV Anlagen an Lärmschutzwänden eine Absage erteilt und weitere Maßnahmen für die Energiewende verhindert.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) bleibt der Tradition einer Verkehrspolitik gegen die Nachhaltigkeitsziele treu. Als einziges Industrieland der Welt lehnt er Tempolimits auf Autobahnen ab, genauso wie Tempo 30 Zonen in Ortschaften oder die vielversprechenden Modelle einer City-Maut in Großstädten. Völlig ineffiziente Verbrennermotoren, die 80 Prozent ihres Energiebedarfs in nutzlose Wärme wandeln, sollen dagegen weiter laufen. Das sei eine unverantwortliche Ressourcenverschwendung in ganz großem Stil und keine Technologieoffenheit, betont der Wirtschaftsverband. Während Wissing weiter den Abbau von Dieselsubventionen ablehnt, keine Reform der Pendlerpauschale in Angriff nimmt, sich weigert Sofortprogramme zur Einhaltung der Klimaziele zu formulieren, hatte er in der Energiekrisenzeit keine Probleme mit Tankrabatten für jedermann, auch für Besserverdienende und vermögende Bevölkerungsschichten. Das sei eine inkonsequente Verkehrspolitik zu Lasten des Klimaschutzes, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt.

Der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz fordert nun die Landesregierung auf, bereits versiegelte Verkehrsflächen wie Parkplätze, Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen, Schienenwege, Radwege oder Lärmschutzwände an Straßen oder Schienen für Photovoltaikanlagen stärker in den Fokus für die Energiewende zu nehmen. An vielen Stellen seien aufgeständerte PV-Anlagen oder PV Bodenbeläge für die Solarstromerzeugung möglich.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 6. Mai 2024